Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 10 (1988)

Heft: 36

Rubrik: Berichte ; Projekte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Inge Wettig-Danielmeier / Ruth Winkler (Hg.)
FRAUENERWERBSARBEIT
Fallstrick oder Lebensperspektive?
1987, 128 Seiten, br., DM 16,80
ISBN 3-924800-80-4

Welche Zukunft kann angesichts schlechter Ausbildungsbedingungen für Mädchen, stark verbreiteter Frauenarbeitslosigkeit und der Doppelbelastung von Frauen durch Haus- und Erwerbsarbeit Frauenarbeit heute noch haben? Diskussionen, Vorträge und Protokolle zum Thema Frauen zwischen Familie und Beruf. Mit dabei: **Frigga Haug, Annette Kuhn, Herrad Schenk, Ingrid Strobel, Magdalena Hoff u.a.**

Petra Drohsel
DIE LOHNDISKRIMINIERUNG DER FRAUEN
Lohn und Lohndiskriminierung von erwerbstätigen Frauen 1945 – 1984
1986, 278 Seiten, br., 36.- DM
ISBN 3-924800-81-2

»Im Lohn für die Erwerbstätigkeit der Frauen spiegeln sich, wie durch ein Brennglas gebündelt, alle geschlechtsspezifischen Diskriminierungen in unserem Lande wider. Die Lohndiskriminierung von Frauen ist zwar allgemein bekannt, doch ein umfassendes Bild ist erst jetzt gezeichnet worden.« **Gisela Kessler**, Frauensekretärin im Hauptvorstand der IG Druck und Papier.

Renate Wald/Ditmar Gatzmaga
Kerstin Mutz/Vera Wisnefski
»WAS WILL DIE DENN HIER?«
Frauen in gewerblich-technischen Berufen
1986, 156 Seiten, br., 28.- DM
ISBN 3-924800-82-0

Mit einem Vorwort von **Ursula Engelen-Kefer**, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit

SP-Verlag Schüren
Deutschhausstraße 31
3550 Marburg
☎ 0 64 21 /6 30 84

Bestellungen:
Direkt beim Verlag oder in jeder guten Buchhandlung

BERICHTE/PROJEKTE

Kinderkriegen – eine Sache der Spitzentechnologie

13. Kongreß für Perinatale Medizin

Schwangere lassen sich kaum noch von inspektionsbedürftigen Autos in den Händen spezialisierter Mechaniker unterscheiden. Dies ist der schale Gesamteindruck vom 13. Deutschen Kongreß für Perinatale Medizin, der vom 1. bis 4. Dezember 1987 im Internationalen Congress Centrum (ICC) Berlin vor 2 000 Teilnehmern stattfand.

Die Technisierung der Fortpflanzung schreitet weiter voran. Für die Protagonisten der Intensivüberwachung von Schwangerschaft und Geburt ist dies nicht nur ein sinnvolles und notwendiges, sondern auch für die wissenschaftliche Reputation lohnendes und reizvolles Gebiet. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren haben sich pränatale (vorgeburtliche) Diagnostik und Therapie bemerkenswert weiter entwickelt. Die Ultraschall-Untersuchung, die mittlerweile bei jeder Schwangerschaft mindestens zweimal zur Anwendung kommt, bildet heute lediglich das Fundament eines feingliedrigen Gebäudes hochkomplizierter Diagnose- und Behandlungstechniken für Schwangerschaft und Geburt. Zusammen mit neuen Zeugungstechniken, wie der In-Vitro-Fertilisation, entsteht das Bild eines feinmaschigen Netzes von Ein- und Zugriffsmöglichkeiten auf die menschliche Fortpflanzung und die frühen Zeiträume der Kindheit. Die Erfolge der Perinatalmedizin sind dabei unbestreitbar. Laut Statistik sank die Säuglingssterblichkeit sowie die vorgeburtliche Sterblichkeit im Zeitraum 1980 bis 1986, als die klinische Forschung immer mehr zur klinischen Alltagspraxis wurde, von 12,7 Säuglingen je 1 000 Lebendgeburten auf 8,6. Die perinatale Sterblichkeit und die Todgeburten verminderten sich im gleichen Zeitraum je 1 000 Lebendgeburten von 11,6 auf 7.6.

Eine weitere Verbesserung der Sterblichkeitsraten läßt eine neue Technik, das Needling, erhoffen. Prof. Hausmann, in der BRD führend auf dem Gebiet, hat sie seit 1985 etwa 500 mal zur Blutentnahme beim Fötus eingesetzt. Beim Needling wird unter örtlicher Betäubung der Schwangeren eine Nadel unter sonographischer Kontrolle direkt in die Vene der Nabelschnur eingeführt. Damit werden die diagnostischen Möglichkeiten auf die verschiedensten Blutanalysen erweitert, so etwa genetische Diagnosen.

Bis heute klafft aber eine Lücke zwischen den vorgeburtlichen Diagnosen und den Therapiemöglichkeiten. Zwar können schon heute in Einzelfällen medikamentöse und chirurgische Eingriffe am Fötus vorgenommen werden, dennoch sind die Mediziner mit dem Erreichten noch nicht zufrieden. Vor allem bei den pharmakologischen Behandlungsweisen des Fötus sehen sie sich noch am Anfang. Hier, so war zu erfahren, sei noch viel Grundlagenforschung zu leisten.

An dem Punkt, an dem die Grenze des medizinischen Handelns erreicht ist, greift die medizinische und eugenische Indikation nach § 218, und den Frauen wird zu einem Schwangerschaftsabbruch geraten. Die Fortschritte der Perinatalmedizin werden die gegenwärtige Fassung des § 218 nicht unberührt lassen. Kein Fall zeigt dies so deutlich wie der des Prof. Dr. Fritz K. Beller, der zweifelhaften Ruhm durch die Freigabe von Anencephalen (Neugeborene ohne Großhirn) zur Organspende erlangte. Beller gab sich auf dem Kongreß empört über die Mißverständnisse, die die Medizin in der Öffentlichkeit hervorgerufen hätten. Das Thema Organspende sei zweitrangig. Es gehe vielmehr um die Definition von Hirnleben und Hirntod in ihrer Bedeutung für die eugenische Indikation. Er könne nicht einsehen, daß die einen tot genug seien, um abgetrieben zu werden, während die anderen nicht tot genug seien, um als Organspender zur Verfügung zu stehen.

Zur Zukunft der fötalen Gentherapie befragt, reagierten die Kongreßteilnehmer auf der Pressekonferenz beschwichtigend. Perinatalmediziner seien Vertreter der angewandten Forschung und davon sei die Gentherapie noch weit entfernt. Anders klingen aber die Äußerungen in einem zum Kongreß erschienenen Buch. In dem Kapitel »Der Fetus als Patient« des von W. Holzgrebe herausgegebenen Buches »Pränatale Medizin« ist nachzulesen, daß die Stammzellen-Transplantation ins Knochenmark eine mögliche Behandlungsmethode für kindliche Immunschwächen und einige hämatologische Krankheitsbilder sei. Im Tierversuch sind solche Transplantationen schon erfolgreich durchgeführt worden. Zwar wird hier nur über eine Transplantation fremder Zellen berichtet, aber der Schritt zur Entnahme von Körperzellen, Reparatur des genetischen Defekts und Reimplantation der korrigierten Körperzellen ist nicht groß. Mit dem medizinischen Fortschritt werden nicht nur die Therapieangebot, sondern auch die Konfliktsituationen und die Entscheidungsschwierigkeiten für die Schwangere zunehmen. Was passiert, wenn sich eine Schwangere aus Angst vor den gesundheitlichen Risiken gegen einen operativen Eingriff in den Uterus wehrt? In den USA sind bereits mehrere Frauen kurzzeitig entmündigt worden, um den Eingriff vornehmen zu können. In der BRD war es bislang immer möglich, so der Tenor der Pressekonferenz, die Eltern von den notwendigen Eingriffen zu überzeugen. Allerdings ist es auch in der BRD prinzipiell möglich, daß sich der Arzt als »Anwalt des Kindes« eine gerichtliche Erlaubnis für den Eingriff besorgt.

Für kritische Gegenöffentlichkeit zum Kongreß und zu Herrn Bellers Vorstellungen von Anencephalen als Organspender sorgten in Berlin die

Frauen von FINRRAGE und dem Frauen-Gesundheits-Zentrum. Auf einer Pressekonferenz stellten sie die Verbindung zwischen der aktuellen Neudefinition von »Leben« und der sattsam bekannten Diskussion über »wertes und unwertes Leben« her. Sie forderten Frauen auf, ihre Angst vor einem behinderten Kind nicht zum Spielball medizinischer, humangenetischer oder bevölkerungspolitischer Interessen zu machen. Schließlich sorgten sie auch mit der Verteilung eines Flugblattes auf dem Kongreß dafür, daß die geneigte Kongreßöffentlichkeit gespickt mit kritischen Fragen in die Vortragsveranstaltung von Herrn Beller ging. **Barbara Orland**

Umweltprobleme in der Türkei

Die rapide Industrialisierung in der Türkei seit 1960 und der Übergang von einem Agrar- zu einem Industrieland hat insbesondere in den letzten Jahren zu einer starken Umweltverschmutzung geführt. Die Industrialisierung führte zu einem starken Bevölkerungsanstieg in den Industriezentren wie Izmir und Istanbul. Durch diesen wurden die Stadtverwaltungen in ihrer kommunalen Ent- bzw. Versorgungsfunktion überlastet.

Der Umweltschutz ist im Grundgesetz der Türkei von 1983 verankert. Seitdem werden Anstrengungen vom Gesetzgeber unternommen, um durch Verordnungen eine weitere Verschmutzung der Umwelt zu verhindern und die Produktionsbetriebe zur Anwendung schadstoffarmer Technologien bzw. Verfahren zu bewegen.

Im folgenden soll die Problematik, unterstützt durch Ergebnisse des »Ersten Türkisch-Deutschen Seminars über den Technischen Umweltschutz« in Istanbul vom 16. bis 18. September 1987 dargestellt werden.

Die Wasser- und Kanalisationswerke Istanbul (ISKI) entstanden 1981 nach dem Gründungsgesetz als ein Eigenbetrieb der Stadtverwaltung. Gemäß dem zugewiesenen Auftrag (Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung) wurden ISKI mehr Handlungsspielraum in ihren Planungen und Investitionen zugesprochen. Die Investitionen werden aus den Eigeneinnahmen, den staatlichen Zuschüssen und Krediten finanziert. Das Sanierungsprogramm für die Sechs-Millionen-Stadt (Bevölkerungszuwachs 300 000 pro Jahr) setzt sich aus folgenden Schwerpunkten zusammen: Verbesserung der Trinkwasserversorgung, die man durch den Bau von drei Talsperren verdoppeln will und durch eine Erneuerung des völlig unzureichenden Versorgungsnetzes, die Verluste in den Rohrleitungen betragen z.Z. 30%, und andererseits durch den Bau von Kläranlagen.

Gegenwärtig existieren in Istanbul keine kommunalen Kläranlagen. Kommunalen Abwäser und die meisten Industrieabwässer werden unbehandelt ins Meer geleitet. Bis 1995 sollen acht mechanische und zwei biologische Kläranlagen gebaut werden – die Planung ist bereits abgeschlossen, so daß etwa ein Drittel der anfallenden Abwässer gereinigt werden kann. Die Abwässer sollen nach der Vorklärung in die tiefe Strömung des Bosporus eingeleitet werden, welche aufgrund der Dichteunterschiede ins Schwarze Meer fließt. Damit wird gleichzeitig die Sanierung der Binnenbuch Halic (Goldenes Horn), die durch Jahrzehnte lange direkte Einleitung von Abwässern in eine Kloake verwandelt wurde, erreicht. Das Gesamtprojekt soll um das Jahr 2000 abgeschlossen sein.

ISKI versucht durch Erlaß von Verordnungen die Schadstoffbelastung der Gewässer in und um Istanbul insbesondere durch die Industrie einzudämmen und fordert nach dem Verursacherprinzip die Industriebetriebe auf, die Schadstoffe in eigenen Kläranlagen zu beseitigen oder andernfalls Abwasserabgaben an die ISKI zu leisten.

Der Gesetzgeber hat 1986 die »Verordnung zur Luftreinhaltung« erlassen, die nach den EG- und EPA (Environmental Protection Agency)-Richtlinien ausgearbeitet wurden. Die Verordnung setzt Emissionsgrenzwerte für die Schadstoffproduktion in den Großfeuerungsanlagen und Industriebetrieben fest. Sie sieht die Anwendung von schadstoffarmen Produktionsverfahren und eine drastische Reduzierung der Schadstoffproduktion in den bestehenden Anlagen vor. Dies wird allerdings eine Verteuerung der Produktion mit sich bringen.

Um die Luftverschmutzung durch Kohleverbrennung in den Haushalten zu reduzieren, wird in den neunziger Jahren als Alternative Erdgas aus der UdSSR und Bulgarien bezogen. Eine weitere Schadstoffquelle sind Autoabgase, die bei der enorm zunehmenden Kraftfahrzeugdichte zu hohen Schadstoffkonzentrationen mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt führen. Eine Verminderung der Schadstoffemissionen durch Einbau von Katalysatoren scheint gegenwärtig die Verantwortlichen noch nicht auf den Plan zu rufen.

Die Entsorgung der Feststoffabfälle wurde in den früheren Jahren ziemlich unkontrolliert und ohne Rücksicht auf die Umwelt vollzogen. Die Abfälle werden z.Z. auf Deponien gelagert, die technisch völlig unzureichend sind. Die Menge der Abfälle kann nicht reduziert werden, da keine geeigneten Industrieanlagen vorhanden sind, die verwertbare Stoffe wiedergewinnen und auf den Markt bringen können. Die Entsorgungsprobleme verschlimmern sich gegenwärtig, denn die Abfallmenge erhöhte sich allein in Instanbul von 0,72 kg/d pro Person im Jahre 1979 auf 1,15 kg/d im Jahre 1986.

Die kommunalen Verwaltungen haben neulich einen Plan ausgearbeitet, wonach insgesamt sechs Müllstationen gebaut werden sollen, in denen eine mechanisierte Sortierung der verwertbaren Stoffe vorgenommen wird. Damit könnten die Abfallmengen deutlich reduziert werden, und durch Recycling ein rentabler Industriezweig entstehen. **Nuri Mol**

Öko-nomie

Umweltkatastrophen werden immer häufiger: Tschernobyl, Rheinverschmutzung, verseuchte Mülldeponien, Waldsterben: Symptome der ökologischen Krise der Wirtschaftssysteme.

In einer falschen Wirtschaftsethik sehen Wissenschaftler, aber auch manche Unternehmensmanager eine der Ursachen der Krise.

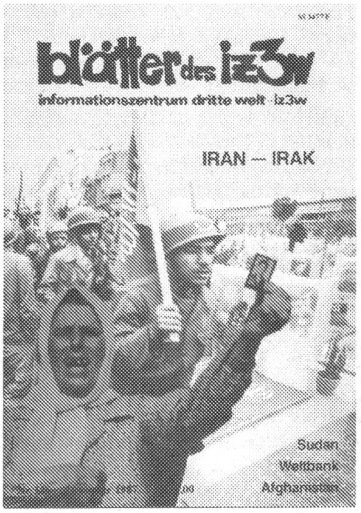
»Damit Ethik nicht zum Modewort, zur neuen Werbeparole verkommt«, veranstaltete das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) seine Jahrestagung unter dem Titel »Wirtschaftsethik und ökologische Wirtschaftsforschung« in Berlin vom 4. bis 6. Dezember 1987.

Wirtschaftsethik, so der Geschäftsführer des IÖW Reinhard Pfriem, sei die Frage nach dem Grundverständnis der Ökonomie überhaupt. Die heutige Ökonomie sei geprägt von der Markttheorie und dem Streben nach Gewinn. Die Natur käme in diesem System nur als verwertbare Ressource vor. Dieses Grundverständnis, so der Organisator der diesjährigen IÖW-Tagung Eberhard

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:



Nr. 146 · Dezember 1987

Afghanistan

Sudan — Interview mit Costello Garang

Adler in Sri Lanka

Die Weltbank

Themenschwerpunkt:

US-Politik im Golf

Diktatur der Baath-Partei

Deutsch-Iranische Handelsbeziehung

Lernen für den Krieg

Islam und Nationalismus

Rezensionen zum Themenblock

Grüne Stiftung

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

DIANE RICHARDSON
FRAUEN UND DIE AIDS-KRISE
Aus dem Englischen von Margit von Obernitz

Aus dem Inhalt: Was ist Aids ● AIDS bei Frauen ● Lesbische Frauen und AIDS ● Leben mit AIDS ● Betreuung von AIDS-Kranken ● Öffentlichkeit und Vorsorge ● AIDS — die Herausforderung

Das Buch ist für die bundesdeutsche Situation überarbeitet und um vier Aufsätze erweitert: AIDS und Rassismus / Aufklärung statt Zwangsmaßnahmen / Frauenarbeit in der Berliner AIDS-Hilfe / Krtisch denken - risikofrei handeln

Orlanda Frauenverlag
Pohlstraße 64, 1000 Berlin 30

K. Seifert, sei zu begrenzt. Ökonomie müsse mehr sein als Markttheorie; die Grenzen dieses Konzeptes zeigten sich angesichts der ökologischen Schäden.

Obwohl noch kein theoretisches Fundament für eine Wirtschaftsethik existiert, so erhofften sich die Organisatoren von der Veranstaltung, daß auf der Tagung Ansätze für eine neue, Ökonomie und Ökologie verbindende Wirtschaftstheorie sichtbar würden. Ob dies aber gelingen konnte, war selbst den Veranstaltern zweifelhaft. *»Wir diskutieren hier über Perspektiven, von denen sich herausstellen kann, daß sie nicht taugen«*, sagte Reinhard Pfriem.

Unterschiedlich waren die Ansätze der Referenten zu einer neuen Wirtschaftsethik. Einige meinten, die neue Wirtschaftsethik könne weiterhin anthropozentrisch (den Menschen in den Mittelpunkt stellend) sein, andere vertraten den Standpunkt, sie müsse physiozentrisch (die Natur in den Mittelpunkt stellend) sein. Umstritten war auch, ob Wirtschaftsethik auf die ganze Gesellschaft bezogen werden sollte oder ob es nicht ausreiche, die Unternehmen, als Hauptakteure der Ökonomie, mit einer neuen Unternehmensethik zu versorgen.

Der Natur-Philosoph Klaus Michael Mayer-Abich sprach sich in seinem Vortrag dafür aus, die Verantwortung für die gesamte Natur, auch die unbelebte, müsse vom einzelnen Menschen übernommen werden. Für diese *»Mitwelten«*, so Mayer-Abichs Ausdruck für Umwelt, trägt der Mensch als Konsument die letzte Verantwortung. Indem er umweltunverträgliche Produkte meide, würden diese Produkte schnell vom Markt verschwinden; sie wären unverkäuflich. Diese Verantwortung des Menschen für die Natur ist für Mayer-Abich der Preis der Freiheit, den wir zahlen müssen. Der Staat ist als Umweltschützer für Mayer-Abich nur zweite Wahl. Denn dieser hätte in letzter Zeit oft genug versagt.

Fest steht für ihn, daß etwas geschehen muß. Denn geschieht nichts und *»jeder würde für sich und nach seinen Bedürfnissen handeln, wäre die Industriegesellschaft nicht mehr zu retten.«*

Die ökologische Krise der Industriegesellschaft sah auch WW-Autor Arnim von Gleich. Ursache der Krise war aus seiner Sicht der falsche Umgang der Menschen mit der Natur. Einerseits sei die »Eingriffstiefe« der vom Menschen benutzten Techniken, wie Atomtechnik, Gentechnik oder in der chemischen Industrie, zu hoch und die Folgen dieser Techniken seien unübersehbar und irreversibel. Andererseits sei die Belastung der Erde durch menschliches Handeln an der Grenze des für die Natur Erträglichen.

Die Lösung liegt für Arnim von Gleich in der Partnerschaft der Menschen mit der Natur. Durch eine »Allianztechnik« mit der Natur könnte dies erreicht werden. Voraussetzung sei allerdings, daß der Mensch Eingriffe von »hoher Eingriffstiefe« unterlasse. Möglich wäre es aber nur mit einer physiozentrischen Naturethik.

Der Professor für Wirtschaftsethik Peter Ulrich sprach sich dafür aus, die Frage der Umweltverträglichkeit in die Frage der Sozialverträglichkeit zu integrieren. Der Widerspruch zwischen den verschiedenen Interessen und Bedürfnissen der Menschen einerseits und den Belastungsgrenzen der Natur andererseits, könnte nach Ulrichs Ansicht nur durch einen institutionalisierten, herrschaftsfreien Diskurs gelöst werden. Ergebnis dieses Diskurses sollte dann nach Ulrichs Vorstellungen ein lebenspraktisches, sinnvolles, ökonomisches Realitätskonzept sein, das als Grundlage für eine rationale Politik dienen sollte.

Eine Verbindung zwischen der ökologischen Frage und der sozialen Frage stellte auch Reinhard Pfriem fest. Im Gegensatz zu Peter Ulrich siedelt er aber die Bedeutung der ökologischen Frage weit höher an. Denn während die soziale Frage nur eine Frage der Umverteilung sei, sei die ökologische Frage die Frage nach den Grenzen des Wachstums. Bei der ökologischen Frage müsse die Steuerung der Wirtschaft selbst in Frage gestellt werden.

Für ihn soll eine neue Wirtschaftsethik *»Defizite«* aufzeigen, aber auch Anlaß auf *»Hoffnung zu überleben«* geben. Allerdings müsse sich eine ökologische Ethik auch wirtschaftlich begründen lassen. Sie dürfe keinesfalls eine *»Ethik der roten Zahlen«* sein. Begründen lasse sich eine ökologische Unternehmensethik beispielsweise durch die Einsparung von Rohstoffen, ein besseres Image der Produkte und durch die höhere Motivation der Mitarbeiter.

Klaus Günther, Geschäftsführer eines kunststoffverarbeitenden Betriebes mit 2 000 Angestellten, sah auch den Zielkonflikt der Wirtschaft zwischen ökologischem Verhalten und Gewinnmaximierung. Günther wies allerdings Vorwürfe zurück, die Marktwirtschaft wäre nicht dazu geeignet, zur Lösung der Umweltprobleme beizutragen. Vielmehr, so seine Argumentation, beweise die Vergangenheit, daß sich die Marktwirtschaft als äußerst anpassungsfähig erwiesen habe. Zustimmend äußerte er sich zu der These, daß die Unternehmen einer neue Unternehmensethik bedürfen. In dieser müßten die Führungskräfte Vorbildfunktionen übernehmen, und zwar *»für alle Mitarbeiter des Betriebs«*. *»Umweltschutz ist Chefsache«*, sagte Günther. Den Einwand aus Unternehmenskreisen, daß Umweltschutzmaßnahmen wegen der hohen Kosten zum Ruin des Unternehmens führen würden, wischte Günther mit dem Argument zur Seite, daß diese Investitionen die Zukunftskraft des Unternehmens ebenso stärken würden wie die Wettbewerbsfähigkeit. Und *»wenn manche behaupten, das führe zum Ruin, dann sind sie schon pleite.«* **Günter Lehnert**

Fehlplanung: Der Dollarthafen

Auf einer Pressekonferenz haben die in der Arbeitsgemeinschaft Dollarthafen zusammengeschlossenen deutschen und niederländischen Umweltschutzorganisationen den vom Hafenamt Emden vorgelegten Planfeststellungsantrag zum Neubau des Hafens heftig kritisiert. Anlaß war die am 30. November 1987 endende Einwendungsfrist gegen dieses Großprojekt.

Nach Meinung der Umweltschützer basiert die nun vorgelegte Planung weitgehend auf veralteten Daten aus den siebziger Jahren. Die katastrophalen ökologischen Auswirkungen des Hafenneubaus auf den einmaligen Naturraum des Dollarts seien kaum berücksichtigt worden. Nationale und internationale Naturschutzbestimmungen würden durch den Dollarthafenplan mißachtet.

Ein alternatives Hafenmodell auf dem Rysumer Nacken, das umweltfreundlicher und ökonomisch vertretbar wäre, wird zum Ärger der Umweltverbände von der Niedersächsischen Landesregierung sowie der Emdener Hafenlobby – wohl aus Angst vor Gesichtsverlust – ignoriert.

Alle neueren Studien über den Nutzen des Dollarthafens haben das Ergebnis, daß die struktur- und arbeitsmarktpolitischen Effekte bei weitem nicht mehr den ursprünglichen Erwartungen entsprechen.

Selbst die Behauptung der Landesregierung, durch den Hafenneubau könnten die heute anfallenden Baggerarbeiten, die zum Freihalten der Fahrrinne wichtig sind, auf 40% reduziert werden, hielte einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Die Annahme, die Baggerungen derartig stark reduzieren zu können, sei genauso spekulativ wie der ganze Nutzen des Dollarthafens.

Durch einen finanziellen Aufwand von mindestens 1,5 Mrd DM würden traditionelle Arbeitsplätze in der Fischerei der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr vernichtet. Ob sichere neue Arbeitsplätze durch den Hafen entstehen würden, sei ungewiß, sagten die Vertreter der beteiligten Verbände.

Die Planungsunterlagen selbst haben die schlimmsten Befürchtungen der Umweltschützer bestätigt. Weder ist eine gründliche Untersuchung der diversen Folgen erfolgt, die ein derartiges

Projekt nach sich zeiht, noch ist damit zu rechnen, daß die ökologischen Schäden durch die Anlage von Ersatzbiotopen ausgeglichen werden können. Die negativen Auswirkungen der »Aufsüßung« des Dollarts infolge einer Verlegung des Emsfahrwassers in den Dollart hinein werden von den Planungsunterlagen einfach ausgeklammert. Begründung: Der entstehende Schaden ließe sich heute größenordnungsmäßig noch nicht exakt abschätzen.

Am 26. November 1987 haben die Umweltverbände der Planfeststellungsbehörde in Aurich 4200 Unterschriften gegen das Dollarthafenprojekt überreicht. **Koordinationsstelle Dollarthafen**

Studienangebot Ökologie

Das Oberstufen-Kolleg an der Universität Bielefeld, eine staatliche Reform-Versuchsschule, lehnt sich in mancher Hinsicht an das amerikanische College-System an. Es stellt für Personen mit Fachoberschulreife oder abgeschlossener Lehre, die zwischen 16 und 25 Jahre alt sind, einen Weg zur Hochschulreife und ins Studium dar, der bewußt als Alternative zum Gymnasium angelegt ist.

Die vierjährige Ausbildung umfaßt eine fächerübergreifende allgemeine Bildung als Ergänzung zur Spezialisierung in ein bis zwei gewählten Studienfächern. Zusätzlich zu den bisherigen 22 Fächern (die nach dem Abschluß in der Regel in einem höheren Uni-Semester fortgesetzt werden können) haben das nordrhein-westfälische Kultus- und Wissenschaftsministerium jetzt für ein neues Studienangebot die vorläufige Genehmigung angekündigt: für einen *Studengang »Ökowissenschaften«*. Das Konzept dieses neuen Studienfaches besteht darin, ökologische Ansätze aus verschiedenen Bereichen und Fachgebieten aufzugreifen, in praxisorientierte Projekte umzusetzen und mit einem ökologischen Theorierahmen zu integrieren.

Die Ausbildung beginnt jährlich im Herbst, die Anmeldung für 1988 läuft derzeit noch bis Ende Februar. Interessenten können Unterlagen anfordern bei:

Oberstufen-Kolleg des Landes
Nordrhein-Westfalen
an der Universität Bielefeld
Postfach 8640
4800 Bielefeld 1.

Zweite Runde im BAYER-Prozeß

Der Prozeß um das Flugblatt der BAYER-Coordination geht in die nächste Instanz (vgl. WW Nr. 35). Beide Parteien waren mit dem Urteil des Kölner Landgerichts vom 20. November 1987 nicht zufrieden, das jedem zur Hälfte recht gab.

Entgegen der Meinung der BAYER AG sah durch Gericht den Satz des umstrittenen Flugblattes – *»In seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten verletzt BAYER die Menschenrechte«* – keine unzulässige Schmähkritik. Die Klage der BAYER AG wurde in diesem Punkt als »unbegründet« abgewiesen. Erfolgreich war die BAYER-Klage in der Passage des Flugblattes, in der es hieß: *»Mißliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfährige Politiker werden unterstützt und finanziert.«* Das Gericht sah diese Äußerung als Tatsachenbehauptung an, die von der BAYER-Coordination *»ihrer erweiterten Darlegungslast bezüglich der Tatsachen, die die von ihnen aufgestellten ehrenrührigen Behauptungen hätten rechtfertigen können, nicht nachgekommen«* ist.

So meinte beispielsweise das Gericht, daß die BAYER-Kritiker nicht *»bespitzelt«* wurden, denn ein *»Bespitzeln« »liegt hier schon nach dem Sinn des Wortes nicht vor«. »Bespitzeln«* bedeute nach dem Duden-Bedeutungswörterbuch *»Durch einen Spitzel heimlich beobachten und aushorchen.«* Heimlich habe sich die Klägerin, so das Gericht, ihre Informationen nicht bschafft. Also, so die Logik des Gerichts, müssen die Tatsachenbehauptungen von der BAYER-Cooperation widerrufen werden.

»BAYER fühle sich weiterhin diffamiert« erklärte BAYER-Pressesprecher Lohr die Berufung des Konzerns. Vorsichtiger ging die BAYER-Cooperation die zweite Instanz an. Sie legte nur Berufung unter Vorbehalt ein, um, so der bei der Coordination zuständige Mitarbeiter, Uwe Friedrich, *»das Prozeßrisiko noch einmal zu überprüfen.«* Die Berufung des Konzerns macht dies nun nicht mehr erforderlich. Der Prozeß geht weiter.

Günter Lehnert

TAZNOST
WO ANDERE MAUERN

die tageszeitung
FÜR PERESTROIKA IN DER PRESSE

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 212

Datum, Unterschrift: .....

Stellenangebote

Engagierter Chemiker
für ABM-Projekt (Umweltschutz/ Industrieländer und »Dritte Welt«) im Großraum Düsseldorf gesucht.
BI-Nähe erwünscht.
Näheres unter Chiffre: WW 36/1

Engagierter Mensch
mit Umweltschutz-Erfahrung für die Organisation einer Bürgerinitiative (Industrieländer/»Dritte Welt«) gesucht. Raum Düsseldorf.
Ca. DM 2 000,- brutto monatlich.
Bewerbung unter Chiffre: WW 36/2

an: Wechselwirkung, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

Grenzwerte – Grenzüberschreitungen
Eine Ausstellungsinitiative

Die Atomkatastrophe in Tschernobyl vor fast zwei Jahren rüttelte auch eine ganze Reihe von Mitarbeitern technischer Museen in der Bundesrepublik und West-Berlin wach. Wir – das heißt Kritiker und Kritikerinnen der Nutzung von Atomenergie – trafen uns, um darüber zu diskutieren, welche Konsequenzen aus diesen Ereignissen für Ausstellungen zur Technikentwicklung gezogen werden müßten.

Die unsere Existenz bedrohenden Folgen großtechnischer Produktionsweise werden bisher in keinem Museum dargestellt. Einer der Gründe liegt in der besonderen Beziehung zwischen Technikmuseen und Industrie. Zahlreiche Ausstellungsobjekte kommen von der Industrie, und ihre Sichtweise dominiert die Ausstellungsinhalte. Das Deutsche Museum demonstrierte drastisch, daß nicht einmal der Ansatz einer Technikkritik in Publikationen oder Ausstellungen geduldet wird (vgl. WW Nr. 34). Neben den Industriekonzernen versuchen auch Gewerkschaften, Verbände und politische Parteien Einfluß zu gewinnen, um ihr Verständnis von technischem Fortschritt dargestellt zu wissen.

Aus diesem Grund konstituierte sich Mitte 1986 eine unabhängige Gruppe von Museumswissenschaftlern, überwiegend aus dem Museum für Verkehr und Technik in Berlin und dem Museum der Arbeit in Hamburg, um ein Ausstellungskonzept zu entwerfen. Ein wichtiger Grundsatz wird durch die Aussage beschrieben:

> Wenn wir unsere Einstellung zum Leben,
> unsere Lebensgewohnheiten,
> unseren Umgang mit Natur und Technik
> nicht ändern,
> dann ist nicht einmal ein Überleben möglich.

Wir hoffen darauf, daß noch mehr Menschen sich gegen die weitere Entwicklung der Atomtechnik wenden.

Die Wanderausstellung soll aus drei Containern bestehen, die von einem Zelt überspannt sind. In den Innenräumen soll in drei Inszenierungen die Entwicklung unserer Lebens-, Arbeits- und Denkweisen dargestellt werden. Inszenierungen, also szenische Darstellungen, verlangen eine sehr starke Reduktion des Themas, sie wirken durch ihren Gesamteindruck – und viel eher emotional als rational. In den Aussenräumen sollen mit Bildern, Texten und Objekten Auswege und Perspektiven aufgezeigt werden.

Die erste Inszenierung:
Die künstliche Welt

Wir leben zunehmend in einer Welt, die von künstlichen, technischen Bedingungen bestimmt wird. Wir können das Wasser nicht mehr so, wie wir es in der Natur vorfinden, genießen, weil es vergiftet ist. Es muß erst technisch aufbereitet werden. Aber auch Wasser aus der Leitung riecht nach Chlor und anderen chemischen Zusätzen. In den meisten Flüssen ist das Baden unmöglich geworden. Zunehmend werden die Böden verseucht. Selbst neuerbaute Siedlungen mußten evakuiert werden, weil das Gift aus der Umgebung in die Häuser eindrang und das Spielen auf der Wiese für die Kinder gefährlich wurde. In nicht allzu ferner Zukunft muß auch die Luft technisch aufbereitet werden, damit sie unbesorgt geatmet werden kann.

Diese Entwicklung soll in einer Inszenierung so verdeutlicht werden, daß jeder Besucher erkennt, daß sie auch in seinem Leben begonnen hat (Identifizierungs- und Wiedererkennungsbereiche) und gleichzeitig die möglichen zukünftigen Prozesse deutlich werden.

In dieser Inszenierung wird der Container über einen künstlichen Rasen, die Andeutung eines Vorgartens betreten. Dort wird eine kleine Küche rekonstruiert.

Von der Küche kommt der Besucher ins Wohnzimmer. Das ist jedoch wie bei einem Atombunker halbrund gestaltet. Eine Fototapete erweckt den Eindruck einer Naturumgebung, von einem Tonband kann Vogelgezwitscher abgehört werden.

Frische Luft kann allerdings nur über Filter und Kurbel in das Innere geleitet werden.

Die Enge, aber auch die Perfektheit des Raumes soll den Besucher beeindrucken. Durch eine Schleuse kann er schließlich wieder nach außen kommen und erleichtert aufatmen.

Die zweite Inszenierung:
Der technische Fortschritt

Die Prinzipien der modernen Naturwissenschaften und der technischen Produktion sind die gleichen: Isolierung eines Teilbereiches aus dem Gesamtzusammenhang – ständige Wiederholung von Teilvorgängen (Reproduktion Grundanforderungen an das naturwissenschaftliche Experiment und Voraussetzung der Massenproduktion) – Vernachlässigung von Störfaktoren wie Luftwiderstand beim freien Fall. Verunreinigungen bei chemischen Versuchen – Mathematisierung aller Vorgänge (Computereinsatz).

Ziel einer Inszenierung kann nicht die lehrbuchmäßige Verdeutlichung der Prinzipien der technischen Produktion sein. Aber es muß deutlich werden, daß der Ausweg nicht in dem Ausschalten eines Produktionsbereiches liegen kann, sondern daß überall Produktionsbedingungen prinzipiell geändert werden müssen. In welcher Weise dies geschehen kann, soll in den Bereichen außerhalb der Container gezeigt werden.

Es ist bisher noch nicht geklärt, welche Ausführung der Grundidee gewählt werden soll. Lange wurde darüber diskutiert, ob die Massentierhaltung ein geeignetes Beispiel werden kann.

Der Nachteil dieses Beispiels liegt vor allem darin, daß bei den meisten Betrachtern mit großer Wahrscheinlichkeit die Liebe zu den Tieren und die Empörung über die brutale Behandlung alle anderen Assoziationen überdeckt.

Als Alternative soll daher folgendes Beispiel

PERIPHERIE
ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:
Nr. 25/26 Entwicklungspolitik ‚gewendet'
Nr. 27 Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung
Kulturelle Beziehungen

das neue Heft:
Nr. 28 Agrarproduktion, Staat und Weltmarkt

in Vorbereitung:
Nr. 29 „Ungleichzeitigkeit"
Nr. 30/31 Organisation von Frauen

in jedem Heft:
Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift (112.S.)
Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelperson DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-
Überseeabo (Luftpost) DM 47,- (77,-)

gewählt werden: eine chemische Produktionsanlage, etwa zur Herstellung von Frigen in Alu-Dosen. Die Inszenierung könnte das verwirrende Durcheinander eines Röhrensystems zeigen, vielleicht mit einem Großfoto einer Raffinerie im Hintergrund. Weiterhin soll die Zerstörung der Natur durch die Abfälle dieser Produktionsanlage gezeigt werden. Rotschlamm quillt aus Abflußrohren und erstickt alle Vegetation.

Die dritte Inszenierung: Das Restrisiko

Behandelt die erste Inszenierung die Veränderung unserer Lebensbedingungen, die zweite die der Arbeits- und Produktionsbedingungen, so hat die dritte Inszenierung die ideologischen Veränderungen zum Thema.

Immer mehr wird bei politischen und technischen Entscheidungen die Wissenschaft zum Schiedsrichter gemacht: Zahlen sollen als objektive, unbestreitbare Größen Entscheidungen und Handlungen legitimieren. Daß hierbei das Wissenschaftsverständnis bis zum Äußersten reduziert wird, spielt in der Argumentation und Handlungsstrategie keine Rolle. Es ermöglicht gleichzeitig die widerstandslose Durchsetzung der Zahlenmaschine, des Computers.

Der Eingang zu dieser Inszenierung wird wie eine Schleuse zu einem Atomreaktor gestaltet. Im Inneren befinden wir uns in der Schaltzentrale eines Atomkraftwerks. Das Schaltpult ist gleichzeitig ein Flipperboard. Durch geschickte Zahlenmanipulation kann gewonnen und verloren werden.

Durch die »Fenster« wird das gesehen, was durch risikofreudigen Einsatz der Atomenergie gewonnen werden kann: Luxusgüter, warme Behaglichkeit, unser hoher Lebensstandard.

Doch es bleibt ein Restrisiko: Stimmen die Zahlenkombinationen nicht, so schlägt das Bild um (andere Seite der Inszenierung), und es droht die atomare Verwüstung. Es drohen für den, der verliert, der zum Restrisiko gehört, die Atomkrankheiten wie Leukämie, Haut- und Lungenkrebs.

Um die Initiative in ihrem Bemühen um Finanzierung abzusichern, mußte ein Verein gegründet (gemeinnützig!) werden. Bei sehr viel Eigenbeteiligung werden wenigstens 100 000 DM benötigt. Und es werden dafür zwei Strategien verfolgt, um den Geldtopf zu füllen. Einmal könnte ein Großfinanzier gefunden werden, der die ganze Summe aufbringen kann. Unsere Versuche und Sondierungen waren aber noch nicht erfolgreich. Und zum anderen könnte durch viele kleine Spenden das Ziel erreicht werden. Dieser Weg könnte durchaus zum Erfolg führen und sichert zudem eine optimale Unabhängigkeit.

Für Anregungen, Anfragen, Unterstützung sind wir offen.

Verein zur Förderung des Verständnisses für energiepolitische Fragen (VEF) e.V.
Falckensteinstr. 7
1000 Berlin 36
Kto: Postgiro Bln Nr. 50 51 69 - 102
(BLZ 100 100 10)

Jochim Varchmin

Termine

7. bis 10. März 1988

Kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Umweltschutzamt der Stadt Freiburg und das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik Berlin/Freiburg veranstalten den, laut Veranstalter, ersten Kongreß über die Anwendung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im kommunalen Bereich. Der Kongreß behandelt Methoden und Techniken der UVP und deren Einführung in die Verwaltung

Information und Anmeldung bei:
Umwelt Gruppe Freiburg
Glümerstraße 2a, Postfach 1673
Tel.: 0761 - 70 18 68

17. und 18. März 1988

Güterverkehr und Umwelt

Die bevorstehende Liberalisierung des EG-Güterverkehrsmarktes kann zur uneingeschränkten Entfaltungsmöglichkeit von Straßentransportunternehmen in jedem EG-Land führen. Dies kann nur zusätzliches Verkehrsaufkommen, neue Umweltbelastungen und Forderungen nach zusätzlichen Straßenbaumaßnahmen bedeuten.

Die Konferenz, die unter Beteiligung von bundesdeutschen und skandinavischen Umweltorganisationen durchgeführt wird, will die Alternativen zum Güterverkehr deutlich machen, der breiten Öffentlichkeit die Problematik bewußt machen.

Information und Anmeldung bei:
stadt und land e.V.
Dreiecksplatz 6
2300 Kiel 1

18. bis 20. März 1988

Fleisch frißt Menschen

Während in den Industrieländern Millionen Menschen schwere Gesundheitsschäden als Folge von übermäßigem Fleischverzehr erleiden, werden Millionen Hektar tropischen Regenwaldes in Lateinamerika durch Brandrodung für die Rinderzucht nutzbar gemacht; wertvolle Ackerböden werden für die Produktion für Futtermittel für die europäische Fleischproduktion benutzt. Die Tagung des Arbeitskreises Entwicklungspolitik sucht Auswege aus diesem Dilemma.

6. bis 8. Mai 1988

Zuerst stirbt der Regenwald, dann stirbt der Mensch

Die Ursachen der Regenwaldzerstörung und die Chancen seines Schutzes ist das Thema des Wochenendseminars, das ebenfalls von der AKE veranstaltet wird.

Information und Anmeldung bei:
Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V. (AKE)
Horstweg 11
4973 Vlotho
Tel.: 05733 - 68 00

12. bis 15. Mai 1988

Jahrestreffen von Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Auf dem in Göttingen stattfindenden Kongreß sollen u.a. folgende Themenschwerpunkte diskutiert werden: Feministische Naturwissenschaft, Identitätskrise – Beruf/Berufung, Neue Technologien, Alternative Projekte, Frauen in Beruf und Ausbildung.

Information und Anmeldung bei:
U. Danzer
Postfach 1745
3400 Göttingen

28. Mai 1988

Altlasten und Entsorgung vor Ort

Mit großer Sorglosigkeit ist der Umwelt in den vergangenen Jahrzehnten der Zivilisationsmüll aufgebürdet worden. Individuelle Vorgehensweisen bei der Sanierung sind erforderlich. Berücksichtigt werden müssen dabei die finanzielle Machbarkeit, die Schonung von Umweltressourcen und die Rechte der betroffenen Anwohner.

Das Seminar will einzelne Aspekte der Altlastenbewertung und der Sanierungskonzeptionen erörtern. Veranstaltungsort ist das Dietrich-Kreuning-Haus in Dortmund.

Information und Anmeldung bei
Verein Grüne/Alternative in den Räten e.V.
Volksgartenstraße 35
4000 Düsseldorf 1
Tel.: 0211 - 78 25 42

5. bis 10. Juni 1988

Chemie im Haushalt

Die Arbeitsgemeinschaft Umweltkontrolle e.V. (ARGUK) will aufklären über die »Inhaltsstoffe unserer alltäglichen Chemiefabrik«. Im Seminar soll unser Umgang mit Chemie im Haushalt hinterfragt werden. Im Seminar sollen auch praktische Tätigkeiten nicht vernachlässigt werden. Im Rahmen des Seminars sollen Körperpflege- und Putzmittel selbst hergestellt werden.

10. bis 16. Juni 1988

Gefahrenstoffe am Arbeitsplatz

In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsladen will sich die ARGUK mit der Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz beschäftigen. Im Wannseeheim in Berlin (West) soll der Dschungel von Arbeitsstättenverordnung und Betriebsverfassung, MAK- und TRK-Wert gelichtet werden.

Information und Anmeldung bei:
ARGUK e.V.
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171 - 718 17